

*Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste . Allgemeine Homosexuelle Aktion Antifa - Bund der Antifaschisten . Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten . Berliner Freunde der Völker Rußlands Berliner Geschichtswerkstatt : Berliner Kulturrat . Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener. Berufsverband Bildender Künstler. Cinti-Union Berlin . Deutscher Freidenkerverband . Evangelische Akademie Berlin . Evangelische Jugend Berlin .Freunde der deutschen Kinemathek . Magnus-Hirschfeld- Gesellschaft . Naturfreundejugend Deutschlands . Neue Gesellschaft für Bildende Kunst . Neuköllner Kulturverein . Niederländisch-ökumenische Gemeinde . Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken . Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten . Werkbund-Archiv . und viele Einzelmitglieder  
zusammengeschlossen zum Verein*

AKTIVES MUSEUM  
Faschismus und Widerstand in Berlin

Mitgliederrundbrief Nr. 20

Februar 1993

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

im vorigen Rundbrief zitierte ich Heinrich Lummers antisemitische Äußerung und fragte, was ihm wohl passieren werde. Antwort:Nichts. Der Pater Basilius Streithofen und der Bürgermeister von Senheim haben in den letzten Wochen ebenfalls als Antisemiten von sich reden gemacht. Der Bürgermeister, immerhin, mußte zurücktreten. Was die drei hier genannten Wessis äußerten, war 19. Jahrhundert, Alt-Antisemitismus.

Wie differenziert dagegen Schriftstellerinnen und Schriftsteller sich äußern! Im allgemeinen. Im besonderen freilich, wird es auch bei Christa Wolf einfach. Nein, ich rede nicht davon, ob sie oder ob sie nicht, und wenn ja, wann und wo und wie? Das interessiert mich nicht. Aber daß sie nun meint, es ergehe ihr wie den nach 1933 ausgetriebenen jüdischen Intellektuellen, wundert mich. "Hier in Los Angeles bin ich sehr stark konfrontiert mit der Hinterlassenschaft der deutschen Emigranten... Die Deutschen haben damals geglaubt, sie könnten darauf verzichten. Jetzt glaubt man in Deutschland, man könnte auf die Kultur verzichten, die es in der DDR gegeben hat. Damals hat sich Deutschland der linken, der jüdischen Kultur entledigt, dieser großen, menschlichen Kultur, die da war. Wir wissen, wohin das geführt hat." Oder Heiner Müller:"Für Jahrzehnte wird nachdem vorläufigen Sieg des Kapitalismus, der ein System der Selektion ist (das Prinzip Auschwitz), die Kunst der einzige Ort der Utopie sein..."

Gibt es in Deutschland keine andere Möglichkeit, auszudrücken, daß es einem schlecht geht, daß man sich ungerecht behandelt fühlt, als "Mir geht es wie den Juden in der Nazizeit"? Muß das sein? Ist jedes Übel ein "Auschwitz"? Ich finde das anmaßend und nun mögen sie mich Besserwessi nennen.

---

Geschäfts- und Dokumentationsstelle:  
Alte Schönhauser Str. 9 - 10, O 1054 Berlin  
Telefon: 030/281 51 98  
Konto: Nr. 61 00 122 82, Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

## Inhaltsverzeichnis

Christine Fischer-Defoy, Rede zur Eröffnung der Ausstellung "Die jüdische private Musikschule Hollaender, eine Spurensuche."	S. 3
Bilder von der Eröffnung der Ausstellung bei ihrem zweiten Termin im Foyer des Konzertsaals der Hochschule der Künste, Hardenbergstr./Ecke Fasanenstr., wo sie noch bis Ende Februar zu sehen ist	S. 6
Stellungnahme des Aktiven Museums zum Symposium anlässlich des Wettbewerbsverfahrens "Topographie des Terrors" - Dokumentations- und Begegnungszentrum	S. 8
Dokumentiert: Pressestimmen zum Symposium	S. 10
20. Januar 1993, Anbringung von Ergänzungsstraßenschildern an der Niederkirchnerstraße	S. 14
Dokumentiert: Der Streit um die Niederkirchnerstraße	S. 17
Altmodisches Köln: Straßenbenennung in Ehrenfeld	S. 24
Christiane Hoss, Ausstellung Sinti und Roma in Marzahn	S. 25
Mitgliederwerbung und Bücherzettel	S. 27
Veranstaltungshinweise und Notizen	S. 29
Referendum doppelte Staatsbürgerschaft	S. 30
Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane Hoss	

Christine Fischer-Defoy

Rede zur Eröffnung der Ausstellung "Die Jüdische private  
Musikschule Hollaender - eine Spurensuche" am 8.11.92

Anlaß für diese Ausstellung oder Auslöser war der Antrag meines Forschungsprojektes vom Dezember 1991, am Hause Sybelstr. 9 zur Erinnerung an die "Jüdische Private Musikschule Hollaender" eine Gedenktafel anzubringen. Ich war im Rahmen meiner Arbeiten über die Hochschulgeschichte auf dieses bisher vergessenen Kapitel gestoßen, das in keiner der Publikationen über das "Stern'sche Konservatorium", das 1966 in die HdK integriert wurde, erwähnt ist. Daß der Bezirk Charlottenburg sich im Januar nicht dazu in der Lage sah, diesem Gedenktafelwunsch zu entsprechen, brachte die Leiterinnen der "Villa Oppenheim" und des "Heimatmuseum Charlottenburg" auf diese dankenswerte Initiative zu der Ausstellung, die wir heute hier sehen.

Das "Aktive Museum" hat aus diesem Anlaß eine vorläufige Gedenktafel in der Sybelstraße 9 gesponsort, die wir heute früh angebracht haben. Mich selbst hat die spontane Kooperation zu dieser Ausstellung zwischen HdK, Aktivem Museum und Heimatmuseum sehr gefreut, und ich hoffe, daß der Bezirk Charlottenburg unsere vorläufige Tafel bald ersetzen kann.

Die "Jüdische Private Musikschule Hollaender" entstand 1936 als selbstbewußte Reaktion der früheren jüdischen Besitzer und Lehrkräfte des "Stern'schen Konservatorium Gustav Hollaender" auf dessen Arisierung durch die Stadt Berlin 1936.

Das 1850 - also 14 Jahre vor der "Hochschule für Musik" - gegründete Konservatorium, das um die Jahrhundertwende zu Weltruhm gelangt war, wurde nun zum "Konservatorium der Reichshauptstadt Berlin", die jüdischen Lehrkräfte wurden entlassen, die jüdische Familie Hollaender zum Verkauf gezwungen.

Innerhalb weniger Wochen zwischen dem Verkauf im Januar 1936 und dem April 1936 gelang es Kurt Hollaender und seinen Schwestern Susanne Landsberg-Hollaender und Mela Herz-Hollaender, in der Sybelstraße 9 Räume anzumieten, in denen der Unterrichtsbetrieb ihres Konservatoriums im nun ausschließlich jüdischen Milieu fortgesetzt werden konnte. Zu den entlassenen Lehrern, die den Kern bildeten - neben den beiden Hollaender-Schwestern waren dies Margarete Rosenstein, Kurt Salinger, Käthe Meyersohn und Paula Salomon-Lindberg - kamen prominente Sänger, Musiker und Musikwissenschaftler aus dem Umkreis des "Kulturbundes Deutscher Juden", wie Wilhelm Guttman, Julius Prüwer, Oskar Guttman und Anneliese Landau.

Innerhalb kürzester Zeit erreichte diese Jüdische private Musikschule nahezu den Umfang des früheren Konservatoriums: während hier 1936 227 Schüler von 70 Lehrkräften unterrichtet wurden, verzeichnete die Musikschule Hollaender in ersten Jahr ihres Bestehens 163 Schüler und 39 Lehrkräfte.

Der Schule war ein BETH HACHASANIM, eine jüdische Vorbeterschule angeschlossen, die im Herbst 1936 eröffnet wurde. Es war das Jahr der Olympischen Spiele in Berlin, die antisemitischen Maßnahmen

wurden - soweit sie sichtbar waren - vorübergehen eingeschränkt und der jüdischen Bevölkerung Berlins schien die Gründung der Musikschule wie "ein erfreuliches Zeichen des Optimismus" - so die "Jüdische Allgemeine Zeitung" 1936. Neben Einzelunterricht in den verschiedenen Gesang- und Instrumentalklassen gab es Gemeinschaftsunterricht in Musikgeschichte, Theorie, Kontrapunkt und Komposition, ab 1937 ein eigenes Schulorchester unter der Leitung von Julius Prüwer, dem entlassenen 1. Kapellmeister der Berliner Philharmoniker, ein "collegium musicum" und ein Opern- und Operettenstudio. Die Musikschule setzte die gute Tradition des Konservatoriums durch ein breit angelegtes Lehrangebot für Laien- und Berufsmusiker fort.

Die vier oder fünf Jahre des Bestehens der Musikschule lassen sich in zwei Phasen unterteilen, Schnittpunkt sind auch hier, wie bei allen in Deutschland noch bestehenden jüdischen Organisationen und Institutionen, die Novemberpogrome von 1938, deren wir an diesem Wochenende zum 54. mal gedenken. Dies war auch für viele der hier lehrenden und studierenden Juden der letzte Anstoß, Deutschland schnellstmöglich zu verlassen. Innerhalb eines Jahres verlor die Musikschule Hollaender 13 Lehrkräfte, die ins Exil gingen. Die Schüler wechselten nun häufig, und die Schülerzahl sank im November 1938 auf ihren Tiefstpunkt - mit entsprechenden auch finanziellen Folgen für die Schule. Sie stieg aber bereits Anfang 1939 wieder an.

Nach den Novemberpogromen gewann die Musikschule Hollaender eine umso größere Bedeutung, denn auch die Orchester des jüdischen Kulturbundes bluteten durch Emigration aus. Die Musikschule Hollaender mußte innerhalb kürzester Zeit für Nachwuchs sorgen - ein Beispiel dafür, das auch hier in der Ausstellung zu sehen ist, ist Horst Prentki, der von 1937 bis 1940 an der Schule studierte und zugleich mit 16 Jahren als 1. Klarinettist jüngstes Mitglied des Kulturbund-Orchesters wurde. Ihm verdanken wir viele der hier ausgestellten Dokumente, die er 1940 ins Exil nach Südamerika mitgenommen hat.

Umgekehrt mußte nun auch das Schulorchester der Musikschule durch Berufsmusiker des Kulturbundes verstärkt wrden. Aus der Not wurde jedoch eine Tugend, die vielen der Schüler dieser zweiten Phase dann im Exil zugute kam. Neben frühestmöglichen Erfahrungen in Berufspraxis war dies die Tatsache, daß alle Schüler zugleich in mehreren Instrumenten und in verschiedenen Musikgenres ausgebildet wurden. Anlässlich eines Konzerts schrieb das "Jüdische Nachrichtenblatt" im März 1940, daß die Musikschule "auf eine musikalische Durchbildung der Schüler ausgerichtet" sei. "Die Schüler werden nicht nur zu Instrumental- oder Gesangsolisten ausgebildet, sondern zu Musikern" - Eine Breite und damit Flexibilität der Ausbildung, die den Schülern größere Überlebenschancen im Exil sicherte.

1940 waren nur noch 12 Lehrkräfte an der Schule tätig. Kurt Hollaender wurde zur Zwangsarbeit in der "Waffen- und Munitionsfabrik Borsig-Walde" dienstverpflichtet, seine Schwester Susanne leitete die Schule nun weitgehend alleine.

Umso erstaunlicher ist es, wie viele Schüleraufführungen und Konzertabende von Schülern und Lehrern noch 1940 stattgefunden haben - wie zum Trotz - möchte man sagen, denn dies war bereits

das zweite Kriegsjahr des von Deutschen entfesselten Zweiten Weltkriegs und das letzte Jahr vor dem Beginn der Deportationen in die östlichen Todeslager, noch bevor die Wannsee-Konferenz im Januar 1942 die sog. "Endlösung" beschloß.

Dies ist zugleich das letzte nachweisliche Schuljahr der Musikschule Hollaender. Ein Datum, wann die Schule geschlossen wurde, ließ sich bisher nicht ermitteln. Spätestens jedoch am 30. Juni 1942 wird sie - wie alle jüdischen Schulen in Deutschland - geschlossen worden sein.

Als im Oktober 1941 die ersten Berliner Juden deportiert wurden, gehörte Kurt Hollaender zusammen mit seiner Frau und seinen beiden Kindern zu den ersten, die vom Sammellager in der Lewetzowstraße nach Lodz deportiert und ermordet wurden.

Auch seine Schwester Susanne Landsberg-Hollaender wurde am 29.1.43 von Berlin aus deportiert und in Auschwitz ermordet. Ebenso wie von ihnen ist von den meisten der Lehrenden und der Schüler, die deportiert wurden, das Todesdatum nicht bekannt, so von Richard Altmann, der nach Riga deportiert wurde, von Willy Aron, Käthe Meyersohn, Margarete Rosenstein und Kurt Salinger im Vernichtungslager Auschwitz, und von Werner Fabian, dessen Todestag und -Ort bisher unbekannt ist. Karl Wiener starb am 22.7.42 im KZ Sachsenhausen und Werner Müller kurz vor Kriegsende am 3.1.45 im KZ Dachau.

Bis 1943 wurde die Musikschule Hollaender jedoch noch im Adressbuch von Berlin unter der Sybelstr. 9 aufgeführt. Zu diesem Zeitpunkt waren die Musiker und Sänger, die hier unterrichtet oder studiert hatten, in alle Winde zerstreut.

Das "Konservatorium der Reichshauptstadt Berlin" zu dessen Programm zuletzt die Ausbildung von Musikern der "Leibstandarte Adolf Hitler" gehört hatte, stellte seinen Unterrichtsbetrieb am 20. April 1945 ein. Wenige Wochen später wurde es als "Städtisches Konservatorium (ehem. Stern'sches Konservatorium)" wiedereröffnet - mit vielen Lehrern, die dort bis zum Schluß unterrichtet hatten.

1950 wurde Hans Joachim Moser zum Direktor ernannt - gegen den Protest aus den Reihen des Kollegiums ebenso wie aus dem Ausland, so etwa von dem emigrierte Musikwissenschaftler Alfred Einstein "im Namen der jüdischen Musiker Berlins und des Auslandes, die durch die Gesinnung und das Wirken Mosers in Exil und Elend getrieben worden sind".

Moser hatte unter anderem in seinem 1943 veröffentlichten Musiklexikon von der "gerechten Notwehr des Ariertums gegen die geistige und wirtschaftliche Tyrannei, die das Judentum uns aufgezwungen hat," geschrieben.

Gegen seine Ernennung zum Direktor protestierte auch Fritz Vogel in einem Brief, mit dem diese Ausstellung schließt, an Oberbürgermeister Ernst Reuter: "Heute beruft der Magistrat einen Mann wie Moser als Nachfolger und setzt damit, wie ich nur annehmen kann, in voller Unkenntnis einen bekannten Antisemiten ein!!! Damit schändet man das Andenken Gustav Hollaenders".

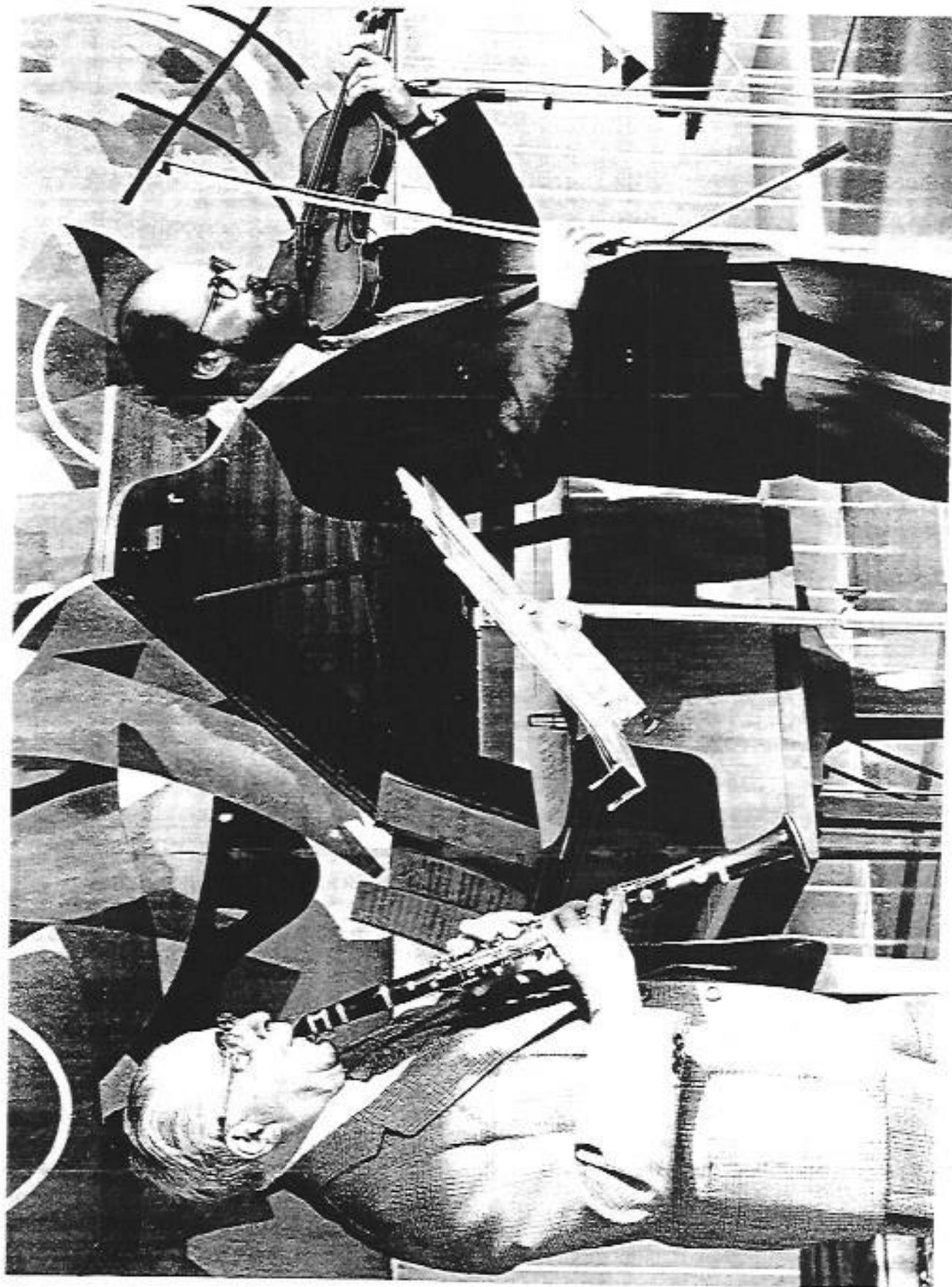
Hans Joachim Moser wurde 1950 zum Direktor ernannt und leitete das Konservatorium bis 1960.

Daß es einst jüdische Musiker waren, die das "Stern'sche Konservatorium" gründeten und leiteten, bis sie in der Nazizeit zum Verkauf gezwungen wurden, daß es dann ein "Jüdisches Konservatorium" gab, das diese Arbeit fortsetzte, wird in den Festschriften des Konservatoriums aus der Nachkriegszeit nicht erwähnt.

Ich denke, daß diese Ignoranz mit zu den Wurzeln dafür gehört, daß wir bis heute, bis zu diesem 8. und 9. November 1992 den traurigen Anlaß haben, auf die Straße zu gehen und gegen Fremdenhaß zu demonstrieren. Um so dringlicher möchte ich Sie bitten, sich dieser Demonstration heute anzuschließen.



Zweiter Ausstellungstermin in der Hochschule der Künste  
Foto: Jürgen Henschel



Horst Prentki, Schüler der Musikschule Hollaender, musiziert mit seinem Sohn Esteban bei der Ausstellungseröffnung. Foto: J.Henschel

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.  
Alte Schönhauser Str. 9-10 O-1054 Berlin

Stellungnahme zum Symposium anlässlich des Wettbewerbsverfahrens  
"Topographie des Terrors - Dokumentations- und Begegnungszentrum"

Der Verein "Aktives Museum" wurde, wie verschiedene andere Organisationen und Einzelpersonen, unter der Rubrik "Initiativen und Betroffenengruppen" aufgefordert, am Schluß der heutigen Veranstaltung eine vorbereitete fünfminütige Stellungnahme abzugeben. Wozu? Zu, wie es in der Einladung heißt "den besonderen Anliegen zur Gestaltung" oder zum "allgemeinen Stand der Dinge".

Falls dies ernst gemeint sein sollte, sehe ich mich außerstande, zu diesen beiden Themen in fünf Minuten erschöpfend Auskunft zu geben. So liegt der Eindruck nahe, daß eine Auseinandersetzung mit Stellungnahmen der eingeladenen Betroffenenvertreter, der Initiativen und Verbände und der Öffentlichkeit gar nicht ernsthaft gewollt ist. Deshalb hier nur wenige Stichworte:

zu Punkt 1 - "Anliegen zur Gestaltung":

Seit nunmehr 10 Jahren führen wir eine gemeinsame öffentliche Diskussion über den Umgang mit dem Gestapo-Gelände und seine Gestaltung zum Denkort als "Ort der Täter". Der Verein "Aktives Museum" hat - ebenso wie die anderen beteiligten Organisationen, Initiativen und Institutionen - in diesen 10 Jahren kontinuierlich öffentliche Stellungnahmen abgegeben, sich eingemischt und mitdiskutiert und seine Position zigfach schriftlich niedergelegt. Viele dieser Stellungnahmen liegen in verschiedenen Publikationen vor, sei es von der Akademie der Künste, von der Topographie des Terrors oder in unserer eigenen Schriftenreihe. Sie dokumentieren den Lernprozeß, den auch wir, wie alle an der Diskussion beteiligten, in diesem langen Zeitraum durchlaufen haben. Wir gehen davon aus, daß diese vorliegenden und veröffentlichten Texte bekannt sind und allen Wettbewerbsteilnehmern sowie den Jurymitgliedern zur Kenntnis gegeben wurden. Dies allein würde eine Kontinuität gewährleisten und verhindern, daß wir heute hier wieder, wie 1983, beim Punkt Null anfangen.

10 Jahre Diskussion kann man nicht in fünf Minuten zusammenfassen. Deshalb hier nur zwei Sätze:

Wir fordern, daß das Gestapo-Gelände möglichst weitgehend im derzeitigen Zustand als "offene Wunde" belassen wird als ein Ort, der Fragen aufwirft - nicht nur über die NS-Zeit, sondern auch über unseren hilflosen Umgang damit bis heute. Die notwendigen Baumaßnahmen sollten daher möglichst wenig in den jetzigen Charakter des Geländes mit seinen Schuttbergen, den Ausgrabungen und der Spontanvegetation eingreifen und die noch vorhandenen Spuren der Geschichte nicht zerstören, sondern kenntlich machen.

## Zu Punkt 2 - "allgemeiner Stand der Dinge":

Wir sind als Verein bisher in keiner Weise über den "Stand der Dinge" des Wettbewerbsverfahrens informiert worden. Unser letzter Kenntnisstand ist heute, am 10. Dezember 1992, der veröffentlichte Senatsbeschuß zur Konstituierung der "Stiftung Topographie des Terrors" vom 13. Februar 1992, der sich auf den Senatsbeschuß vom 24. Oktober 1990 bezieht. Hierzu gehört die Anlage 2- "Erläuterungen zum Ideenwettbewerb für die künftige Gestaltung des Prinz-Albrecht-Geländes" die, soweit ich weiß, schon bei der Veröffentlichung in der vorliegenden Form nicht mehr gültig war.

Hierzu haben wir am 1. April 1992 eine ausführliche Stellungnahme abgegeben, die ich hoffe, als bekannt voraussetzen zu können. Ich möchte nur kurz die Passage zitieren, die sich auf den Wettbewerb bezieht:

"Der dem Beschuß beigefügte Zeitplan sieht ein abgestuftes Wettbewerbsverfahren mit einem beschränkten Wettbewerb unter zehn eingeladenen Architektinnen und Architekten vor. Wenngleich der Zeitplan knapp bemessen scheint, fordert das AKTIVE MUSEUM **Transparenz und Offenheit im Wettbewerbsverfahren**. Dies gilt auch für die Ausschreibung, die aufgrund der Erfahrungen des Wettbewerbs von 1983 und der seither geführten Auseinandersetzungen öffentlich diskutiert werden sollte, wie für die Veranstaltung öffentlicher Colloquien mit den beteiligten Architekten und Wettbewerbsteams sowie der Jury. Unabdingbar erscheint es, sowohl hinsichtlich der Auswahl der beteiligten Architektinnen und Architekten wie der Zusammensetzung der Jury Sachverstand und Erfahrungen einzubeziehen, die in den Diskussionen der vergangenen Jahre seit dem ersten Wettbewerb gewonnen wurden, um nicht wieder "bei null" zu beginnen."

Seither erwarten wir, als Verein am weiteren Fortgang des Verfahrens beteiligt zu werden, und heute scheint es so, als ob alles bereits beschlossene Sache wäre. Wir sind nicht ein einziges mal gefragt worden, Vorschläge zu machen, was die Zusammensetzung der Jury oder die Liste der einzuladenden Architekten betrifft - auch wenn dies in einigen Papieren so dargestellt wird - und ich fürchte, wir sind nicht die Einzigen, die nicht gefragt wurden.

Wieso wurden die beiden Gremien, die die öffentliche Beteiligung an der Arbeit der "Stiftung Topographie des Terrors" gewährleisten sollen, bis heute nicht konstituiert?

Wieso wurden Beschlüsse ausschließlich in einem Rumpf-Stiftungsrat gefaßt, bei dem bisher 4 von 9 Mitgliedern, nämlich die Vertreter von Arbeitsausschuß und Beirat, nicht beteiligt, geschweige denn nominiert worden sind?

Wieso gab es in den vergangenen 8 Monaten keine öffentliche Diskussion unter Einbeziehung aller bisher beteiligten Initiativen und Organisationen über das Wettbewerbsverfahren?

So drängt sich der Eindruck auf, als ob Transparenz und Öffentlichkeit in diesem Verfahren nicht ernsthaft gewünscht sind.

Wir fordern daher die sofortige Konstituierung der fehlenden Stiftungsgremien - und sei es ebenso vorläufig wie es die Stiftung insgesamt ist - denn die Stiftung als Ganze ist der Bauherr der "Topographie des Terrors".

Wir fordern eine öffentliche Diskussion über die Ausschreibung des Wettbewerbs, über die Standortfestlegung, über die Zusammensetzung der Jury und die einzuladenden Architekten.

Wir fordern ein abgestuftes Wettbewerbsverfahren mit öffentlichen Colloquien über Zwischenergebnisse und einen Stufenplan zur Realisierung, um zu gewährleisten, daß möglichst rasch mit den ersten Baumaßnahmen begonnen werden kann.

Andernfalls erscheint uns dieses Wettbewerbsverfahren der so wichtigen und sensiblen Aufgabe, um die es uns seit 10 Jahren gemeinsam geht, unwürdig!

10.12.92

Fischer-Defoy

## Neue Pläne für „Topographie des Terrors“

### Architektenwettbewerb zum ehemaligen Prinz-Albrecht-Gelände beginnt

Auch wenn sich die Bundesregierung bisher nicht zu einer, auch finanziellen, Beteiligung entschließen konnte, so kommt doch Bewegung in die künftige Gestaltung des ehemaligen Prinz-Albrecht-Geländes „Topographie des Terrors“. So könnte das vorläufige Fazit eines zweitägigen Symposiums lauten, zu dem seit Donnerstagabend im Martin-Gropius-Bau Politiker, Fachleute und Interessierte zusammengekommen sind.

Zwölf Architektenbüros, mehrheitlich aus Berlin, werden zu einem kooperativen Wettbewerb aufgerufen. Sie sollen bis Ende März 1993 ihre Projekte und Ideen für eine neue Ausstellungshalle, für ein Be-

suchs- und Dokumentationszentrum sowie für eine Internationale Begegnungsstätte einer Jury vorzulegen. Bereits 1995 sollen erste Bauabschnitte fertiggestellt sein.

Wie Professor Reinhard Rürup, wissenschaftlicher Leiter der im April gebildeten Stiftung „Topographie des Terrors“ erläuterte, soll das Gelände den Charakter einer „offenen Wunde“ behalten und den Besucher überraschen und irritieren. Auf die neonazistischen Gewalttaten zwischen Hoyerswerda, Rostock und Mölln anspielend, fragte er: Wann, wenn nicht jetzt, wird sich der Bund zu einer positiven Entscheidung durchringen und durch seine Beteiligung ein Zeichen setzen?

Kultursenator Ulrich Roloff-Mömin (SPD) appellierte an die Architekten, neben dem Martin-Gropius-Bau ein Gebäude zu schaffen, das nicht durch Schönheit von dem Grauen und Terror der Nazi-Herrschaft ablenke. Der Neubau müsse wie die nicht-wiederaufgebaute Gedächtniskirche in der Stadt „stören“.

Kritik an der ungenügenden Transparenz bei der Vorbereitung des Wettbewerbs übte das Aktive Museum - ein Verein, der sich seit zehn Jahren gegen das Vergessen und Verschweigen der mit diesem Gelände verbundenen Geschichte wehrt. Die Vereinsmitglieder fühlen sich jetzt aus der demokratischen Willensbildung ausgegrenzt.

Lutz Hoyer

Berliner Zeitung 12. 12. 1992

# Gestapo-Gelände: Bonn blockiert Neugestaltung

■ Bauwettbewerb „Topographie des Terrors“: Immer noch keine Finanzierungszusage von der Bundesregierung

Berlin. Höflich zu bleiben hatte Michael Guttman vom Zentralrat der Juden in Deutschland spürbare Mühe. Er vermied es, von Skandal zu sprechen, und drückte nur seine „große Verwunderung“ aus: Weil Finanzminister Theo Waigel (CSU) Einspruch eingelegt hat, gibt es immer noch keine Zusage des Bundes, sich finanziell an der künftigen Gestaltung des Prinz-Albrecht-Geländes zu beteiligen. Das wurde am Donnerstagabend auf dem Symposium zum Bauwettbewerb für das Gebiet am Martin-Gropius-Bau bekannt. Als ebenso skandalös darf gelten, daß die Bundesregierung es nach langem Schweigen vor wenigen Tagen strikt abgelehnt hat, eine so das Gelände grenzende Fläche freizugeben. Sie wird von der Post als Parkplatz genutzt, gehört historisch aber zum Gelände der nazistischen Terrorzentrale zwischen Wilhelm- und Stresemannstraße. Bonn, so erläuterte Peter Ostendorff, als Mitarbeiter des Bausenators für den Wettbewerb verantwortlich, wolle den Platz für Regierungsbauten freihalten.

Aber es war nicht nur dieser Affront gegen eine umfassende Gestaltung des Geländes, der zu einer teilweise erregten Debatte beitrug. Deutlich wurde vor allem, welches Politikum die Neubebauung des Geländes geworden ist. Der Verdacht stand im Raum, in hauptstädtischen Zeiten gehe es darum,

ob die Erinnerung weiterhin so rauh und wund präsentiert oder doch ein wenig geglättet wird.

Wie der Ort künftig gestaltet werden soll, darin sind sich die am Verfahren Beteiligten weitgehend einig. Auch der Senat, der nach fast zehnjährigem Diskussionsprozeß und einem 1984 gescheiterten Wettbewerb im April 1992 eine Stiftung gründete und dieser das Gelände übertrug, möchte das Gelände als „Ort der Täter“ erhalten. Das Areal, auf dem die Gestapo, die SS und das Reichssicherheitshauptamt residierten, soll eine „offene Wunde“ bleiben und, so Kultursenator Rolf-Martin, „jene stören, die durch eine schön gestaltete Stadt gehen wollen“.

Die geplante Bebauung soll dem gerecht werden. Die Wettbewerber sollen in enger Rücksprache mit dem Preisgericht nach Lösungen suchen. Zwölf Architekten sind dazu eingeladen, darunter so renommierte wie Josef Kleihues, Jörg Steiner, der das jetzige Provisorium erbaute, nimmt ebenso teil wie die Architekten Enzmann, Eitel und Kirschning, die sich als damalige DDR-Bürger schon 1984 am Wettbewerb beteiligten und dafür Repressionen erlitten.

Errichtet werden sollen bis 1995 ein Ausstellungsgebäude mit der gleichen Größe wie der jetzige provisorische Bau, dazu ein Besucher- und Dokumentationszentrum (2.700 Quadratmeter Nutzfläche)

und eine internationale Begegnungsstätte (2.000 Quadratmeter). Die Bauten, so führte Ostendorff aus, sollen das Gelände „nicht erdrücken“. Gedacht sei an eine „puristische Architektur“ mit einer „zurückhaltenden Formsprache“.

Doch nicht die Frage, ob eine Begegnungsstätte oder ein Besucherzentrum gebraucht wird oder ob das Gelände in seiner herausfordernden Kargheit weiterbestehen sollte, war Gegenstand der Diskussion. Im Mittelpunkt stand am Donnerstagabend vielmehr der Protest gegen das Verfahren. Initiativen wie der Verein „Aktives Museum“, die das Gelände nach Jahrzehnten der Vernachlässigung und Abriss erst wieder ins Bewußtsein der Stadt brachten und die gegenwärtige Gestaltung durchsetzen, fühlen sich vom Senat rücksichtslos ausgegrenzt. Aus dem gleichen Grund haben auch die anfänglichen Bearbeiter des Wettbewerbs die Arbeit niedergelegt. Erregt protestierte der ehemalige IBA-Chef und Architekt Hardt-Walther Hämer gegen die Vereinnahmung der Planung durch die Verwaltung. Die Verwaltung aber werde sich nicht gegen Bonn durchsetzen können. Gerade angesichts des skandalösen Verhaltens der Bundesregierung könne nur der öffentliche Druck ein demokratisches Bauen erzwingen, so Hämer unter großem Beifall. Gerd Nowakowski

taz, 12. 12. 1992

# The Waste Land

Ein Symposium zur Vorbereitung des Bauwettbewerbs „Topographie des Terrors“ auf dem sogenannten Prinz-Albrecht-Gelände diskutierte zwei Tage lang über neue Gestaltungskonzepte ■ Von Ruth Johanna Benrath

Ratlosigkeit und Verärgerung - nicht nur unter den Architekten - zeigten sich im Vorfeld des Bauwettbewerbs zur Gestaltung des Prinz-Albrecht-Geländes ab April 1987 ein zweitägiges Symposium, organisiert von der Stiftung „Topographie des Terrors“ sowie der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen und der Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten, wurden in kontinuierlichen Diskussionen mehr Fragen aufgeworfen als geklärt werden konnten. Die Veranstalter, allen voran der wissenschaftliche Leiter der Stiftung, Prof. Dr. Reinhard Rürup, hatten Mühe, die seit jeher emotional geführte Debatte um die Nutzung und Bebauung des Prinz-Albrecht-Geländes sinnvoll einzugrenzen.

Schließlich befand sich auf diesem Areal die Schultenstraße des fachsichlichen Terrors: Das Gestapo-Hauptquartier, ehemalige Prinz-Albrecht-Straße 8 (jetzige Niederkirchenerstraße) und der Sitz von SS und Reichssicherheitshauptamt im Prinz-Albrecht-Palais, Wilhelmstraße 111. Nach 1945 wurden diese nicht vollständig zerstört, also wiederaufbaufähiges Gebäude überlassen und das Gelände neuerrichtet. Diese Art der Vergangenheitsbewältigung setzte sich fort in der Verformung der Biederstein durch eine Bausch...ema, durch ein Autodrom („Fahren ohne Führerschein“) und durch die Errichtung eines Parkplatzes. Um Anfang der achtziger Jahre besaß man sich, gezwungen durch die unmittelbare Nähe zum als Ausstellungsgelände neu gemauerten Martin-Gropius-Bau, auf die jahrelange gestrichelte „Versöhnung der Taten“ auf dem Prinz-Albrecht-Gelände.

In einem 1983/84 vom Senat ausgetriebenen Gestaltungswettbewerb sollte „die geschichtliche Tiefe des Ortes mit den Nutzungsansprüchen wie Parkplatzgestaltung, Spielplatz, Bewegungsläche etc. in Übereinstimmung“ gebracht werden - ein widersprüchliches Überfragen. Der schließlich vom Regierenden Bürgermeister Diepgen eigenmächtig abgeblasene Realisierung des bereits preisgekrönten Entwurfs folgte eine Phase intensiver Auseinandersetzung mit dem Zustand des Geländes. Dazu trugen vor allem die von Bürgerinitiativen und politischen Organisationen 1986 eingeleiteten

Grabungskommissionen bei, die eben jene Keller- und Gebäudereste zutage förderten, die es heute als Baudenkmäler zu erhalten gilt. Die 1987 anlässlich des Berlin-Jubiläumswerrichten Ausgrabungshalle, die die Kellerreste eines Nebengebäudes des Gestapo-Gefängnisses einbezieht, war ausdrücklich nur als Provisorium gedacht, sie hat sich als solches aber erstaunlich gut bewährt: Jährlich benötigen Hunderttausende aus allen Ländern das Gelände.

Durch den Fall der Mauer hat sich die Situation nun von Grund auf geändert. Das Prinz-Albrecht-Gelände rückt von seiner abgegrenzten Lage am Rand der Mauer plötzlich in unmittelbare Nähe zum zukünftigen Regierungssitz. In das ehemalige Reichsleitfahrtministerium, später Haus der Ministern der DDR und derzeit noch Sitz der Treuhänder, will beispielsweise das Bundeswirtschaftsministerium einziehen: Die wechselvolle deutsche Geschichte ließe sich schon an der Geschichte

ihrer Gebäude ablesen, heißt es. Der neue Hauptstadtboom und die dementsprechenden Gebäudeforderungen der Bundesregierung blockieren nun auch die zügige Durchführung der Anlage 1993 neu ausgeschrieben Bauwettbewerbs, zu dem sich bereits 12 Architektinnen gemeldet haben.

Schon auf der öffentlichen Abendveranstaltung (siehe Bericht vom 12.12.) überbrachte Kultursenator Roland-Morin den zukünftigen Wettbewerbsteilnehmerinnen, dem Prengerecht, der Fachöffentlichkeit und den geladenen Interessierten eine Hiobsschicksal: Die Bundesregierung habe sich auf Einspruch von Finanzminister Wajgel eine definitive finanzielle Zusage vorbehalten. Außerdem gebe es keinerlei Verhandlungsbereitschaft, was ein historisch zum Gelände gehörendes Grundstück des Bundesdenkmalamts betrifft. Derzeit wird das Areal an der Anhalter Straße von der Post als Parkplatz genutzt. Gerade diese Fläche ist aus

Platzgründen aber für die planerische Einbeziehung beinahe unverzichtbar. Die neu zu errichtende Ausstellungshalle, die die demontierten provisorische ersetzen soll, ist durch ihre Nachbarschaft zu den 1986 entdeckten Zellenböden des Gestapo-Hauptgefängnisses an ihrem jetzigen Standort gebunden. Das geplante Besuchs- und Dokumentationszentrum muß in unmittelbarer Nähe zur Ausstellungshalle errichtet werden, da das gesamte Gelände als Brachland erhalten bleiben soll.

Diese Einsicht trägt nicht zuletzt den Erfahrungen des unumstrittenen Wettbewerbs von 1983/84 Rechnung, bei dem die künstlerische Überformung des Geländes als Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus im Vordergrund gestanden hatte. Demals habe man sich, so der Architekturtheoretiker Dr. Hoffmann-Archheim, mit dem Grauen des Geländes zu messen versucht, was zu problematisch symbolhaften und monumentalen Gestaltungsent-

würfen geführt habe. Jetzt gehe es genau den umgekehrten Weg einschlagen: Es müsse etwas entworfen werden, „das maximal klein ist“, gemessen an dem Ausmaß der Vernichtung und Zerstörung, die von diesem Gelände ausging. Die Architektur solle Abstand nehmen von sich selbst, so wurde den anwesenden Architektinnen dorniert. Etwas Praktisches, von Gebrauch her Bestimmtes soll nun her, am besten ein „unkonventioneller Schuppen“.

Die zukünftigen Wettbewerbsteilnehmerinnen, allen voran die beiden Berlinerinnen Ingeborg Kahler und Ivan Reimann, zeigten sich von dem ästhetischen Appell unbeeindruckt und fragten geradeheraus, wie man denn überhaupt anfangen solle, zu konzipieren und zu planen, wenn die wichtigsten architektonischen Eckdaten noch ungeklärt seien. Wer soll die 46 Millionen Mark Gesamtkosten tragen? Welche Standorte bleiben für das Besuchs- und Do-

kumentationszentrum und das internationale Begegnungszentrum bei den restriktiven Standortvorgaben und den ungeklärten Eigentumsfragen überhaupt noch möglich? Ist der Postparkplatz denn verfügbar? Wie wird man... Ubergangenen Forderungen des Bezirksamtes Kreuzberg nach Integration des Geländes in seine Umgebung gerecht? Und wie kann bei all diesen konfliktbelasteten Fragen der vom Senat angesetzte Termin 8. Mai 1995, also fünfzig Jahre nach Kriegsende, eingehalten werden?

Derlei Bedenken begegnete der kurz vor Schluß einsetzende Kulturminister mit gebrochenem Pragmatismus. Es sei nun einmal üblich, daß Politik nach finanziellen Gesichtspunkten gemacht werde - auch in hochmoralischen Fragen. Er jedenfalls werde sich wegen des Parkplatzes noch einmal „mit Nachdruck“ (O-Ton) beim Bundesinnenministerium einsetzen. Was man darunter zu verstehen hat, bleibt abzuwarten.



Das „Prinz-Albrecht-Gelände“

Foto: Henning Lutzgerber, 1987

# Bonn blockiert Bau auf Berliner Gestapogelände

Symposium zu Wettbewerb: Ausschreibung Anfang Januar

Von Horst Seferens

Der Berliner Senat hat am Dienstag der vergangenen Woche die Auslobung eines Architekturwettbewerbes für das Internationale Dokumentations- und Begegnungszentrum auf dem Prinz-Albrecht-Gelände am Rande des zukünftigen Regierungsviertels beschlossen. Nach der Gründung der Stiftung „Topographie des Terrors“ am 1. April ist damit ein weiterer entscheidender Schritt für den Erhalt und den Ausbau des Geländes, auf dem einst die Terrorzentrale des NS-Staates konzentriert war, gemacht worden.

Bei einem Symposium zum ausgelobten Kooperativen Wettbewerb im Martin Gropius-Bau stieß die recht zögerliche Haltung des Bundes auf scharfe Kritik aller Teilnehmer. Finanzminister Waigel hat bisher für die vom Bundesinnenminister zugesagte Beteiligung des Bundes am Stiftungsetat in Höhe von 50 Prozent seine Zustimmung verweigert. Dadurch ist der zweite Bauabschnitt des Projektes, ein Gästehaus für Gruppen und Einzelpersonen, die länger vor Ort forschen, stark gefährdet.

Auch die Bundesfinanzdirektion behindert die Bauvorhaben, indem sie ein Grundstück, das gegenwärtig von der Post als Parkplatz genutzt wird und das historisch zum Garten des ehemaligen Prinz-Albrecht-Palais gehört, der Stiftung vorenthält. Kultursenator Ulrich Roloff-Momin mahnte den Bund eindringlich an seine Verpflichtung. Für den Zentralrat der Juden in Deutschland forderte Micha Guttman die Bundesregierung zu „tatkraftiger Beteiligung“ auf, auch bei der Finanzierung der KZ-Gedenkstätten in Ostdeutschland. Gerade jetzt gelte es, „in die Erziehung zu investieren“.

Obwohl die von einer Fachkommission im März 1990 vorgelegten Empfehlungen für den Umgang mit dem Gelände sich eines breiten Konsenses erfreuen, kam es bei dem Symposium dennoch zu Kontroversen um die Standorte der drei zu errichtenden Gebäude, einer Ausstellungshalle anstelle des derzeitigen Provisoriums, eines Besucher- und Dokumentationszentrums sowie eines Gästehauses.

Da die karge, das Stadtbild störende Unwirtlichkeit des Geländes selbst zum Hauptausstellungsstück werden soll, das mit den freigelegten Resten des Zellengefängnisses nicht nur den Terror des NS-Regimes dokumentiert, sondern mit seinen Spuren der Nachkriegsnutzung auch die Verdrängung dieser Vergangenheit verdeutlicht, wird der Platz für die zu errichtenden Gebäude ganz knapp und der Spielraum für die zwölf eingeladenen Architekten ziemlich eng. Wo jedoch bei einer Freigabe der Standorte außer auf den von Stefanie Endlich und Florian von Büntlar vorgeschlagenen Flächen gebaut werden soll, blieb auch während der Veranstaltung unerfindlich.

Vertreter der Bürgerinitiativen, die vor zehn Jahren überhaupt erst auf diesen Ort unerwünschter deutscher Geschichte aufmerksam gemacht haben, taten ihren Unmut darüber kund, daß sie an der Vorbereitung des Wettbewerbs nicht beteiligt worden seien. Für den Verein „Aktives Museum“ forderte Christine Fischer-Defoy, daß endlich alle Stiftungsgr-

mien konstituiert werden müßten. Sie kritisierte, daß alle bisherigen Entscheidungen von einem „Rumpf-Stiftungsrat“ gefällt worden seien, in dem bislang nur vier von neun Mitgliedern nominiert sind. Micha Guttman forderte für den Zentralrat der Juden in Deutschland Sitz und Stimme in den Entscheidungsgremien der Stiftung.

Unumstritten bei Auslobern und Initiativen war, daß man bei den zu errichtenden Gebäuden einer „Strategie der Differenzierung und Minimalisierung“ folgen müsse, wie es Dieter Hoffmann-Axheim formulierte. Die drei Bauwerke sollten in ihren Dimensionen in bewußten Kontrast treten zu den aufgeblähten bürokratischen Apparaten im „Regierungsviertel des SS-Staates“, aber auch zu dem ringsum entstehenden Ministerien. Das von Hoffmann-Axheim formulierte ästhetische Ideal von „undekorierten Schuppen“ stieß bei den Architekten freilich auf wenig Begeisterung.

ALLGEMEINE  
JÜDISCHE WOCHENZEITUNG

Neuer  
Abo-Service



02 28/35 55 91

Ihr direkter Draht für:

Abo-Bestellungen  
Adreßänderungen  
Urlaubsnachsendungen

Bis zum 11. Januar 1993 soll die Wettbewerbsausschreibung vorliegen, und spätestens am 1. März müssen die Architekten ihre Ideen einreichen. Die Jury-Entscheidung soll bis Ende März gefällt sein, der Baubeginn ist für Anfang 1994 ins Auge gefaßt. Die neue Ausstellungshalle soll am 8. Mai 1995 der Öffentlichkeit übergeben werden. In seinem Schlußwort sprach Kultursenator Roloff-Momin sich dafür aus, das Projekt jetzt entschlossen voranzutreiben, denn angesichts leerer öffentlicher Kassen „arbeitet die Zeit gegen uns“.

Kein Ort emotionaler Anteilnahme für die Opfer wird hier entstehen, sondern ein Denk- und Lernort für die Erben der Verantwortlichen für Krieg und Völkermord. „Bedenklich“, nannte es der Intendant der Berliner Festspiele, Ulrich Eckardt, daß sich Orte rituellen Gedenkens wie das Holocaustdenkmal politisch leichter durchsetzen lassen als eine Szene der Aufklärung und der Menschenrechte. Er empfahl das entstehende Dokumentationszentrum dem Bund als „Kompaß“ seines politischen Handelns. Die Bundesregierung muß jetzt zeigen, ob sie der Richtung, die diese Kompaßnadel anzeigt, folgt.



Ecke Stresemannstraße. (dieses Schild ist heute noch vorhanden) Foto:Jürgen Henschel



In der Mitte der Niederkirchnerstraße, gegenüber dem zukünftigen Abgeordnetenhaus (dieses Schild verschwand bereits am 20. 1.) Foto: J. Henschel



Ecke Wilhelmstraße. Dieses Schild verschwand ebenfalls bald, wurde aber dank der Bemühungen eines Mitglieds wiedergefunden und am 10. 2. wieder an der Ecke Niederkirchnerstr./Wilhelmstr. befestigt. Foto: J.Henschel

Dr. Käte Niederkirchner  
Einbecker Str. 101/0706  
0 - 1136 Berlin  
Tel.: 5251203

Berlin, 20.1.1993

Aktives Museum Faschismus und  
Widerstand in Berlin e.V.

Alte Schönhauser Str 9 - 10

0 - 1054 Berlin

Liebe Freunde,

Euer Brief erreichte mich leider erst gestern, so daß ich nicht mehr in der Lage war, meine Sprechstunde so zu organisieren, daß ich rechtzeitig vor Ort sein konnte. So war ich erst um 12.30 Uhr da, als alles zuende war.

Deshalb möchte ich mich bei allen Teilnehmern, aber besonders bei den Initiatoren der Aktion bedanken und diesen Dank stellvertretend an Euch richten.

Da ich nicht so einfach wieder gehen konnte, besuchte ich erneut die Ausstellung "Topographie des Terrors". Wenn mir diese Ausstellung bei der ersten Begegnung unter die Haut ging, so hat sie mich heute ganz ergriffen. Es ist schwer, Worte dafür zu finden. Sie wären auch zu wenig.

Nochmals, herzlichen Dank und viel Erfolg für alle Aktionen bei der Aufarbeitung unserer Geschichte und zur Verhinderung neuer Greultaten.

Mit freundlichen Grüßen

*Käte Niederkirchner*

# Würdige Adresse für Politiker

Straßenschilder in der Niederkirchnerstraße werden ergänzt

## MITTE

Das „Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ will am Mittwoch in der Niederkirchnerstraße ergänzende Straßenschilder anbringen. Damit soll daran erinnert werden, daß die ehemalige Prinz-Albrecht-Straße zwischen 1933 und 1945 mit dem Sitz der Zentrale der Gestapo und der SS „die am meisten gefürchtete Adresse in Berlin“ war. Zum Gedenken an die von den Nazis in Ravensbrück ermordete Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner wurde die Straße 1951 umbenannt.

Mit der Aktion wende sich der Verein gegen Bemühungen der CDU, das Straßenstück mit Vorplatz vor dem ehemaligen Preußischen Landtag und künftigen Sitz des Ab-

geordnetenhauses in „Am Preußischen Landtag“ umzubenennen, heißt es in einer Presseerklärung. Die Niederkirchnerstraße sei eine für das Berliner Abgeordnetenhaus durchaus „würdige Adresse“, die als „einziges sichtbares Zeichen an dieser Stelle an den Widerstand gegen die Schreibtischtäter, gegen die Massenmörder der Prinz-Albrecht-Straße“ erinnere.

Gegen die Umbenennung hatte im Dezember bereits die Fraktion Bündnis 90/Grüne des Abgeordnetenhauses in einem offenen Brief an Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien (CDU) protestiert. Für den Fall der Namensänderung kündigten die Abgeordneten an, auch nach dem Umzug die Postanschrift „Niederkirchnerstraße“ zu verwenden. **ADN**

Berlin. Das „Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ will am Mittwoch in der Niederkirchnerstraße in Mitte ergänzende Straßenschilder anbringen. Damit soll daran erinnert werden, daß die ehemalige Prinz-Albrecht-Straße zwischen 1933 und 1945 mit dem Sitz der Zentrale der Gestapo und der SS „die am meisten gefürchtete Adresse in Berlin“ war. Zum Gedenken an die von den Nazis in Ravensbrück ermordete Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner wurde die Straße 1951 umbenannt. Mit der Aktion wendet sich der Verein gegen Bemühungen der CDU, das Straßenstück mit Vorplatz vor dem ehemaligen Preußischen Landtag und künftigen Sitz des Abgeordnetenhauses in „Am Preußischen Landtag“ umzubenennen. Die Niederkirchnerstraße sei eine für das Abgeordnetenhaus durchaus „würdige Adresse“.

Berliner Zeitung, 19. 1. 1993

taz, 18. 1. 1993

## Straßenschilder sollen die jüngste Geschichte erklären

„Aktives Museum“ kontra geplante Adresse des Abgeordnetenhauses

„Ergänzungsstraßenschilder“ werden heute vormittag von Mitarbeitern des Vereins „Aktives Museum Faschismus und Widerstand“ an der Niederkirchnerstraße angebracht. Der Text erinnert daran, daß die Straße, durch die einst die Mauer lief und den Gropius-Bau im Westen vom Preußischen Landtag im Osten trennte, bis 1951 Prinz-Albrecht-Straße hieß. „Zwischen 1933 und 1945 war dies die am meisten gefürchtete Adresse in Berlin: In der Prinz-Albrecht-Straße 8 befand sich die Zentrale der Gestapo- und der SS. 1951 wurde die Straße zum Gedenken an die von den Nazis hingerichtete Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner umbenannt. Das soll auch so bleiben“, ist auf den Schildern zu lesen. „Alle Passanten und Besucher sollen erfahren, wo sie sich befinden“, sagt Geschäftsführerin Christiane Hoss.

Die Beschilderung steht im Zusammenhang mit den Absichten von Parlamentspräsidentin Laurien, daß die postalische Adresse des künftigen Abgeordnetenhauses im Exlandtag statt „Niederkirchnerstraße“ „Am Preußischen Landtag“ lauten solle. „Wir bedauern, daß hier wieder ein Versuch zur Abwertung des kommunistischen Widerstands unternommen wird“, sagt das Museum, das es für eine Verpflich-

tung hält, „alle Opfer des Widerstands zu ehren, auch wenn wir heute mit Zielen und Methoden vieler Gruppen, gleichgültig, ob kommunistisch oder konservativ, nicht übereinstimmen“.

Die 1909 geborene Käthe („Katja“) Niederkirchner war Kommunistin, emigrierte in die Sowjetunion, sollte „Kundschafterin“ in Deutschland werden, sprang an ihrem 33. Geburtstag am 7. Oktober 1943 mit dem Fallschirm über Polen ab und wurde verhaftet, da sie sich mit gefälschten Lebensmittelkarten verdächtig gemacht hatte. Im September 1944 wurde sie im Konzentrationslager Ravensbrück ermordet.

Das Museum verweist auf einen Beschluß der BVV Mitte, Straßen, die nach Personen des Widerstandes benannt sind, grundsätzlich nicht umzubenennen. „Niederkirchnerstraße“ sei eine für das Abgeordnetenhaus würdige Adresse. Christiane Hoss hat nichts gegen eine Erinnerung an den Preußischen Landtag, vermutet aber, daß diese Erinnerung „nur vorgeschoben wird, um die Erinnerung an Käthe Niederkirchner, an die Jahre 1933 bis 1945, zu verdecken“. Dieser Versuch sei unklug und mache „darauf aufmerksam, daß die Aufarbeitung der Geschichte noch nicht sehr weit gediehen ist“. **Lo.**

Tagesspiegel, 21. 1. 1993

## Streit um neue Anschrift des Parlaments

Das Abgeordnetenhaus soll im April in den alten Preussischen Landtag einziehen. Um die Postanschrift seines neuen Sitzes wird ins Parlament allerdings noch gestritten.

Nach Willen von Präsidentin Hanna-Renate Laurien (CDU) soll sie nicht die dort vorbeiführende Niederkirchnerstraße beinhalten. Die künftige Adresse solle „Am Preussischen Landtag“ lauten. Doch Bündnis '90/Grüne haben für die heutige Plenarsitzung den Antrag eingebracht, den Straßennamen zu erhalten. Er erinnert an die kommunistische Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner, die im KZ umgekommen ist. Die SPD hat sich bereits mehrheitlich dafür ausgesprochen, in dieser Frage für den Antrag von B '90/Grüne zu stimmen.

An Ort und Stelle gab es bereits gestern eine Aktion gegen den CDU-Umbenennungs-Plan. Mitglieder des Vereins „Aktives Museum Faschismus und Widerstand“ brachten eine Gedenktafel für Käthe Niederkirchner an der ihr gewidmeten Straße an. „Der Name ist würdig, Adresse des Abgeordnetenhauses zu werden.“ erklärte dazu der AL-Abgeordnete Albert Eckert. MM/mü



Widerstand: Christine Fischer-Defoy („Aktives Museum“) brachte die Gedenktafel an. F.: Hampel

# Parteienstreit um die Niederkirchnerstraße

### Hanna-Renate Laurien hat bei Straßenumbenennung vor dem Preussischen Landtag einen schweren Stand

Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien (CDU) beist mit ihrer Entscheidung, den Platz vor dem neuen Abgeordnetenhaus an der Niederkirchnerstraße in „Platz am Preussischen Landtag“ umzubenennen, beim Parlament auf Groat mit großer Mehrheit hat sich die SPD-Fraktion am Dienstagabend dafür ausgesprochen, den Namen Niederkirchnerstraße beizubehalten.

Die kommunistische Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner war 1944 von den Nationalsozialisten im KZ Ravensbrück ermordet worden. Im April will das Abgeordnetenhaus in das neue Parlamentsgebäude einziehen. In einem Brief an Hanna-Renate Laurien schreibt SPD-Chef Dittmar Staffelt, seine Fraktion lehne jede Hilfskonstruktion ab, mit der der Name Käthe Niederkirchners vom Parlament ferngehalten werde. „Vielmehr sind wir der Auffassung, daß gerade in der heutigen Zeit ein Landesparlament eine Adresse folgen sollte, die an ein Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland erinnert.“ Die Fraktion Bündnis '90/Grüne hat für die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses ei-

nen Antrag eingebracht, den Namen Niederkirchnerstraße als Postadresse für das Abgeordnetenhaus zu erhalten. Auch die PDS-Fraktion hat sich bereits in einem Brief an die Präsidentin gewandt und für den bisherigen Namen plädiert. Die Gruppe Neues Forum ist ebenfalls gegen eine Umbenennung.

Nur die FDP und die CDU können sich mit der Namensgebung der Präsidentin anfreunden. „Eine kommunistische Anschleift für ein demokratisches Parlament ist trotz des Schicksals der Betroffenen nicht angemessen“, betonte gestern CDU-Fraktionsvize Volker Liepelt.

Gestern haben Mitglieder des Aktiven Museums Berlin, in dem 23 Organisationen vertreten sind, Schüler an der Niederkirchnerstraße angesprochen, die auf die Vergangenheit der Straße „als gefährlichste Adresse Berlins bis 1945“ hinwies. Die frühere Prinz-Albrecht-Straße war Sitz der Gestapo und Vernehmungsort zahlreicher Verfolgter. Das Aktive Museum Berlin fordert den Erhalt des Namens Niederkirchnerstraße auch auf dem Platz vor dem Parlament. Annette Rametsberger



Die Vorsitzende des Aktiven Museums, Christine Fischer-Defoy, schraubt aus Protest gegen die Umbenennung ein neues Straßenschild an. Foto: Octopus

# Mahnung an Straßenschilderstürmer

(ND). Eine Geschichts-Lektion erteilte gestern das „Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ in der Niederkirchnerstraße in Mitte dem Berliner Abgeordnetenhaus. Die Vorsitzende des Vereins „Aktives Museum“, Christine Fischer-Defoy, montierte Zusatzschilder an Straßentpfähle, die jetzt zwischen Stresemann- und Wilhelmstraße zu lesen sind. Sie erinnern daran, daß die ehemalige Prinz-Albrecht-Straße zwischen 1933 und 1945 als Sitz von Gestapo und SS „die am meisten gefürchtete Adresse in Berlin“ war. 1951 wurde die Straße im Gedenken an die ermordete Kommunistin Käthe Niederkirchner umbenannt.

Mit der Aktion wird gegen den CDU-Versuch protestiert, ein Straßentstück „Am Preußischen Landtag“ zu benennen. Niederkirchnerstraße sei eine würdige Adresse für das Parlament. BVV Mitte, PDS, SPD, Neues Forum, Bündnis 90/Grüne sind ebenfalls gegen die Umbenennung.



Foto: Robert Grahn

Neues Deutschland, 21. 1. 1993

## Kommentare

### Widerspruch

wkn. In Berlin ist ein neuer Streit um Briefbogen entbrannt. Weil die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses sich nach dem anstehenden Umzug des Parlaments in den Ostteil der Stadt nicht mit dem Namen der kommunistischen Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner im Briefkopf anfreunden kann, hat sie das Parlament duiert. Hanna-Renate Laurien weigert sich, eine Entscheidung des Abgeordnetenhauses hinzunehmen, es bei der bisherigen Bezeichnung zu belassen. Mit einem Trick will sie dem Parlament eine neue Adresse verschaffen: Als Hausherrin steht es ihr zu, dem winzigen Platz vor dem ehemaligen Preußischen Landtag einen neuen Namen zu geben – weil die paar Quadratmeter als Privateigentum gelten. Ob es allerdings Ausdruck demokrati-

scher Kultur ist, Hausrecht über den Willen eines Parlaments zu stellen, darf füglich bezweifelt werden. Die als eigenwillig geltende Präsidentin provoziert damit, daß der Umzug des Abgeordnetenhauses an seinen neuen Sitz von Mißklängen begleitet wird. Dabei berufen sich Befürworter wie Gegner der neuen Adresse, die nach dem Willen von Frau Laurien „Am Preußischen Landtag“ oder ähnlich lauten soll, auf die Tradition; die Präsidentin auf die des Freiherrn vom Stein, die Widerstands gegen die Nazis. Die einer Präsidentin würdige Souveränität könnte darin liegen, zu akzeptieren, daß in Berlin die Entwicklungslinien seit je härter aufeinanderprallen als andernorts. Ein ehemals Preußischer Landtag an einer Niederkirchnerstraße wäre Ausdruck der Widersprüchlichkeit der Geschichte.

### Berlin: Parlament streitet um Straßenbenennung

aka. Berlin. Die Berliner Abgeordnetenhausespräsidentin Laurien (CDU) will sich über eine parlamentarische Empfehlung hinwegsetzen, den Platz vor dem Preußischen Landtag nach der kommunistischen Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner zu benennen. Mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS hatte sich das Berliner Parlament zuvor mehrheitlich für eine entsprechende Würdigung der 1944 im Konzentrationslager Ravensbrück Ermordeten ausgesprochen. Das Abgeordnetenhaus wird den Preußischen Landtag im April dieses Jahres beziehen. (Siehe Seiten 3 und 18)

Neue Zeit, 23. 1. 1993

## Historiker empört über Präsidentin

„Warum kann das Berliner Abgeordnetenhaus nicht an einer Straße liegen, die nach einer kommunistischen Widerstandskämpferin benannt ist?“ Johannes Tuchel, Leiter der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in der Stauffenbergstraße, fehlt jedes Verständnis für die vereinten Anstrengungen von CDU und FDP, einen Teil der Niederkirchner Straße in „Platz am Preußischen Landtag“ umzubenennen.

Tuchel hat sich eingehend mit der Geschichte des deutschen Widerstandes gegen Hitler und der Gestapo befaßt. Dem von DDR-Historikern publizierten Lebenslauf Käthe Niederkirchners mißtraut er: „Ich habe noch kein einziges Originaldokument in der Hand gehabt. Ich habe den Verdacht, daß da eine Heroisierung vorgenommen wurde.“

Doch unstrittig sei: „Sie ist nach Deutschland gekommen, um gegen die Nazis zu kämpfen. Sie ist ganz eindeutig ein Opfer, das jenseits jeder Rechtsstaatlichkeit von den Nazis ermordet wurde.“ Bezeichnend sei, daß niemand die „Prinz-Albrecht-Straße“ wiederhaben wolle. „Prinz-Albrecht-Straße 8“ war die Adresse der Gestapo-Zentrale.

Auch der Leiter der Abteilung Zeitgeschichte im Deutschen Historischen Museum, Helmut Trotnow, ist entsetzt über die Pläne der Parlamentspräsidentin. „Das ist genau der scheinheilige Umgang mit der Geschichte, der die Politiker ihre Glaubwürdigkeit kostet. Wir dürfen nicht wieder geistigen Kleinbürgern die Initiative überlassen. Entweder diese Leute waren Widerstandskämpfer oder nicht.“

In seinem Buch über sowjetische Fallschirmagenten im II. Weltkrieg („Gestapo ruft Moskau“) nennt der ehemalige Präsident des Verfassungsschutzes, Günter Nollau, Käthe Niederkirchners Ende „tragisch“. Über Agenten wie Niederkirchner schreibt er: „In DDR-Publikationen werden sie mit Vorliebe antifaschistische Widerstandskämpfer genannt, als ob sich einer in deren Lage hätte schämen müssen, gegen die Hitlerherrschaft Agentendienst geleistet zu haben.“ C. Lang

# Laurien bleibt hart: Keinesfalls Niederkirchner

„Ich stehe zu meinem Wort. Der Platz vor dem neuen Parlament wird nicht Niederkirchnerstraße heißen.“ Kämpferisch gab sich Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien (CDU) nach dem Votum des Abgeordnetenhauses zu seiner künftigen Adresse. Mit 106 gegen 96 Stimmen waren die Parlamentarier von SPD, PDS und Grünen dem SPD-Änderungsantrag einer Grünen-Initiative gefolgt. CDU und FDP unterlagen.

SPD-Fraktionschef Ditmar Staffelt hatte aber der Präsidentin das alleinige Recht zur Adressenbenennung nicht bestritten. Allerdings will Frau Laurien nicht mehr unbedingt an ihrem, vom Präsidium gebilligten Vorschlag „Am Preußischen Landtag“ festhalten. „Weder Sieger noch Besiegte“ dürfe es hier geben.

Trotzdem hielten gestern die Spannungen zwischen den Regierungsfractionen an. CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky sprach von einem „großen politischen Skandal“, daß SPD, AL und kommunistische PDS „gemeinsam“ abgestimmt haben. Zwar anerkenne er den Widerstand der Kommunistin Käthe Niederkirchner, sie könne aber „nie Vorbild für unser freies Parlament“ sein. Landowsky vermied es, Staffelt - der in dieser Frage von den Parteilinken hart bedrängt worden war - selbst zu attackieren. Der Koalitionsfriede sei nicht gestört, hieß es.

Kritischere Stimmen gab es in der CDU-Fraktion. Ekkehard Wruck sieht in der „von SPD und PDS durchgepeitschten Aktion im Prinzip die Aufkündigung der

Koalition mit der CDU“. Die PDS hat Frau Laurien aufgrund ihrer Äußerung im Parlament gestern gar zum Rücktritt aufgefordert.

Unterdessen bemühte sich die SPD um Schadensbegrenzung. Fraktionssprecher Hans-Peter Stadtmüller meinte, es sei nur darum gegangen, wie Widerstand gegen das NS-Regime interpretiert werde. „Auf keinen Fall will die SPD noch eine wochenlange Diskussion.“

Gleichwohl wurde im Schöneberger Rathaus ein Gesinnungswandel einiger SPD-Parlamentarier in kurzer Zeit bemerkt: So

## Alle neuen Straßennamen

Alle 124 Berliner Straßen, die seit der Wende um- oder rückbenannt wurden, hat jetzt der Luisenstädtische Bildungsverein e. V. in einer Broschüre zusammengefaßt. Das Verzeichnis gibt es für 5,80 DM im Buchhandel und kann auch beim Luisenstädtischen Bildungsverein, Köpenicker Straße 90, O-1020 Berlin (☎ 23 80 66 68) bestellt werden.

hatte sich der Köpenicker Abgeordnete Wolf Schulz bei der Fraktionsdebatte am Dienstag vehement gegen die Niederkirchnerstraße ausgesprochen. Am Donnerstag votierte er mit Ja.

„Erhebliche Bauchschmerzen“ konstatierte Parlaments-Vizepräsident Tino Schwierzina denn auch vielen Ost-SPD-Abgeordneten. Schwierzina, zuerst auf Lauriens Kurs, hatte sich ebenfalls der Fraktionsdisziplin gebeugt. Allein Knut Herbst votierte mit Nein. Auch die CDU hat ihren Renegaten: Christian Zippel aus Pankow unterstützte den Staffelt-Antrag. Hans Krump

## Die Berlinerin Käthe Niederkirchner



Opfer der Nazis: Käthe Niederkirchner.

Käthe Niederkirchner wurde am 7. Oktober 1909 in Berlin geboren. 1933 wurde die überzeugte Kommunistin von den Nazis in die Emigration nach Moskau gezwungen.

Die gelernte Schneiderin konnte dort studieren, arbeitete im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und an Propagandasendungen von Radio Moskau mit und wurde im Herbst 1943 hinter den deutschen Linien als „Fallschirmagentin“ abgesetzt. Noch im Zug nach Berlin wurde sie verhaftet und in der Nacht vom 27. auf den 28. September 1944 von der SS ohne Gerichtsverfahren im KZ Ravensbrück erschossen. CHI

# Nachgefragt: Wer war eigentlich Käte Niederkirchner?

Wer war Käte Niederkirchner? Die Straße am ehemaligen Preussischen Landtag, der bald das Abgeordnetenhaus von Berlin aufnehmen wird, ist nach ihr benannt. Weil Käte Niederkirchner nicht nur im Widerstand gegen die Nazis aktiv, sondern auch Kommunistin war, befand der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Reinhard Führer (CDU) die Adresse „Niederkirchnerstraße“ für eines Parlamentes unwürdig. Präsidentin Hanna-Renate Laurien schlug als Kompromiß

die Postadresse „Am Preussischen Landtag“ vor. Ein Antrag von B'90/Grüne gegen diese Umbenennung wurde gestern im Abgeordnetenhaus diskutiert. Westliche Historiker haben sich mit Käte Niederkirchner kaum beschäftigt. In der DDR wurde sie zur Heldin des antifaschistischen Widerstandes vereinnahmt. Käte Niederkirchner kam am 7. Oktober 1909 als Tochter des Rohrlegers und späteren KPD-Funktionärs Michael Niederkirchner in der Pappelallee 22

(Prenzlauer Berg) zur Welt. Ihr Leben verlief linientreu: Mit elf Mitglied der KPD-Kindergruppe, mit 16 Funktionärin im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, mit 20 Mitglied der KPD und Agitation im Arbeitersportverein „Fichte“. 1933 wurde Käte Niederkirchner Familie ausgewiesen. In der Sowjetunion wurde die gelernte Schneiderin für Normen-Überprüfung ausgezeichnet und durfte studieren. 1940 wurde ihr Antrag, in der Roten Armee zu kämp-

fen, abgelehnt. Sie agitierte daraufhin für das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern. Für „Radio Moskau“ arbeitete Käte Niederkirchner an Propagandasendungen in deutscher Sprache mit. 1943 sprang sie zusammen mit Theo Winter, dem Schwiegersohn Wilhelm Plecks, mit dem Fallschirm hinter den deutschen Linien bei Kostiza (Polen) ab. Die beiden sollten nach Berlin fahren und dort Funkver-

bindung mit dem sowjetischen Nachrichtendienst aufnehmen. Käte Niederkirchner wurde noch im Zug verhaftet, weil sie keinen Ausweis hatte. In Gestapo-Haft in Berlin wurde sie offenbar gefoltert, dann zur „Sonderbehandlung“, das heißt Erschießung, ins KZ Ravensbrück überstellt. Dort wurde sie in der Nacht vom 27. auf den 28. September 1944 hingerichtet, nach DDR-Quellen von dem SS-Oberscharführer Konrad. *Christoph Lang*

## Die Adresse des Berliner Parlaments

### Kein sinnloser Streit

Wir Deutschen tun uns schwer mit unserer jüngeren Geschichte. Darum vergessen wir sie am liebsten - wie soeben den Jahrestag der Bismarckschen Reichsgründung (18. Januar 1871), die unsere Vorväter doch tief bewegte. Aber die Geschichte holt uns immer wieder ein und drängt sich auf. Der Anlaß wirkt oft banal: Unter welcher Postadresse wird das Abgeordnetenhaus von Berlin geführt, wenn es demnächst in den alten Preussischen Landtag einzieht? Schwupp, da hat sie uns am Genick, die Geschichte, und schüttelt uns, daß uns Hören und Sehen vergeht.

Unversehens lieferten sich die Partner der großen Senatskoalition über das postalische Politikum eine Kampfabstimmung. Ein nutzloses Gefecht, denn die Entscheidung obliegt unbestritten nicht dem Plenum, sondern der Präsidentin des Parlaments. Aber sinnlos warist der Streit nicht. Die Straße, die am Parlamentsgebäude vorbeiführt, trägt den Namen einer Frau, die - Opfer mehr als Täterin - der jüngeren deutschen Geschichte zugehörig ist: Käte (Katja) Niederkirchner. Kann, darf, muß ihr Name auf dem Briefbogen des Abgeordnetenhauses stehen?

Käte Niederkirchner war Kommunistin. 1933 mit der Familie in die Sowjetunion emigriert,

sprang sie 1943 als „Fallschirmagentin“ hinter den deutschen Linien ab, wurde umgehend gefaßt und im Jahr darauf, 35jährig, von der SS im KZ Ravensbrück erschossen. Für die einen gehörte sie zum Widerstand gegen Hitlers mörderisches Regime. Für die anderen war sie Parteigängerin eines ebenso mörderischen Systems; des Stalinschen. Wenn beides, wie hier, zusammentrifft: Löscht eines das andere aus - und welches welches?

Den Nachgeborenen wird von solchen Fragen das Tragische im Leben von, wie man sagt, Idealisten bewußt, die um des höheren Zieles willen über die grausame Realität hinwegsehen. Es geht übrigens nicht nur bei den Roten, auch bei den Braunen, und wo einer landete, hing oft von der Familientradition ab. Daß es daneben, von beiden Extremen bekämpft, auch Demokraten gab, ist für das Selbstverständnis unseres Staates am Ende wichtiger.

Die Straße, die am Bundestag in Bonn vorbeiführt, trägt den Namen eines frühen deutschen Demokraten: Joseph Görres (1777 bis 1848). Doch das Parlament firmiert auf seinen Briefbögen schlicht: Deutscher Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn. Wir erniedrigen niemanden, wenn wir es so auch in Berlin halten.

(Siehe Seite 14) *Dieter J. Opitz*

Berliner Morgenpost, 23. 1. 1993

### Niederkirchner-Streit

<p>Mitte (wm). Der Streit um den kommunistischen Straßennamen „Käthe Niederkirchner“ für Berlins Parlament will nicht enden (wir berichteten). CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky betrachtet die Namensforderung von SPD, AL und</p>	<p>PDS als „großen politischen Skandal“. Inzwischen wurden von den Befürwortern des Namens Informationstafeln mit Daten und Fakten aus dem Leben Käthe Niederkirchners an den Straßenschildern angebracht.</p>
---	--

Berliner Abendblatt, 27. 1. 1993

# Demokratische Lektion? Niederkirchners Nichte kritisiert Umbenennung

„Ihr müßt, Deutschland retten und zu einem freien Deutschland machen!“ appellierte die deutsche Kommunistin Käthe Niederkirchner in einer Propagandaaufzeichnung von „Radio Moskau“ 1943 an ihre Landsleute. Was verstand sie darunter? Hätte sie, wenn sie Gasta-po- und KZ-Häftin überlebt hätte, im Nachkriegsdeutschland eine Demokratie mit aufgebaut wie der ehemalige Parteigänger ihres Vaters, Herbert Wehner? Hätte sie Ultralinks Regimes mitgetragen, das ihren Namen für seine Geschichtsklitterung benutzt? Stolz der Name Niederkirchner für kommunistische Diktatur oder aufopferungsvollen Widerstand gegen das Naziregime?

Diese Fragen hätte Käthe Niederkirchner Nichte, die Kinderärztin Dr. Käthe Niederkirchner-Silberstein aus Lichtenberg gerne beantwortet, bevor die nach ihres Tante benannte Straße vor dem künftigen Berliner Abgeordnetenhaus umbenannt wird.

Als sie geboren wurde, saß ihre Tante bereits in Gestapo-Haft. Aus den Schilderungen ihrer Mutter berichtet sie: „Meine Tante war ausgesprochen ansehnlich und musisch begabt. Sie konnte sich unheimlich gegen Vorherrschaft engagieren, die ihrer Meinung nach ungerecht waren.“ Sicher sei Käthe Niederkirchner mit voller Überzeugung Kommunistin gewesen. „Aber sie hat nicht daran gedacht,

daß es darauf ankommt, jemanden auszusuchen, weil er anders denkt. Sie hätte Gelegenheit gehabt, sich an Terrorakten zu beteiligen, lehnte dies aber ab. Ihr war die Beendigung des Krieges wichtig, weil er Leid für jeden brachte.“

Den umfangreichen Nachlaß ihrer Tante übergab Dr. Niederkirchner zu DDR-Zeiten dem Parteilehrstuhl der SED. Dort, im heutigen „Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung“ in der Wilhelm-Pieck-Straße, wertete die Papiere immer noch auf eine ideologisch unbalancierte Aufarbeitung durch Historiker.

Käthe Niederkirchneres Bruder Paul, Kommunist wie sie und wie die ganze Familie 1933 in die

Sowjetunion emigriert, kam während ihrer stalinistischen Säuberungen um. „Sein Schicksal wurde in der Familie totgeschwiegen. In Archiven fand ich nichts über ihn.“ Der Abwechler Paul Niederkirchner wurde aus dem kollektiven Gedächtnis der DDR gelöscht, die im KZ ermordete Parteischwägerin Käthe Niederkirchner in der DDR als „Heidin des antifaschistischen Widerstands“ verkürt, ihre Nichte beifert.

„Eine junge Berlinerin erfüllt das Vermächtnis“, schrieb die „Berliner Zeitung“, damals noch SED-Organ, 1970 über die junge Aretha und FDJ-Sekretärin. „Ich habe mich nicht dagegen aufgelegt, ich dachte, so könnte ich

am ehesten etwas verändern“, so Dr. Niederkirchner. Sie wurde SED-Mitglied und Abgeordnete der Volkskammer, vertriebt aber auf eine weitere Politikarriere und arbeitet statt dessen an einer Politikdok. Relativ „unbelastet“ wurde sie 1990 PDS-Vizepräsidentin der freigewählten Volkskammer. „Ich war nicht dafür, das ganze System umzukampeln.“

„Ich fühle mich selbst als Kommunistin und Demokratin.“ Sarkastisch setzt sie hinzu: „Ich finde es lustig, daß die Präsidentin des Abgeordnetenhauses sich nicht an einem Parlamentsbeschluss hält. Will man uns so eine demokratische Lektion erteilen?“

Charenoph Lang



Nichte des NS-Opfers Dr. Käthe Niederkirchner-Silberstein

Berliner Morgenpost, 24. 1. 1993

# Laurien widersetzt sich der Parlamentsmehrheit

NS-Opfer wird bei Landtagsadresse nicht gewürdigt

akt. Berlin. Noch bevor das Abgeordnetenhaus im April 1993 vom Schöneberger Rathaus in den ehemaligen Preußischen Landtag umziehen wird, hat die zukünftige Adresse einen Streit ausgelöst. Kraft ihrer Kompetenzen als Hausherrin will sich die Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Hanna-Renate Launen (CDU), über die Empfehlung einer knappen Parlamentsmehrheit hinwegsetzen, die Niederkirchnerstraße als künftige Adresse des Abgeordnetenhauses zu akzeptieren. Käthe Niederkirchner - noch der vom Ostberliner Magistrat noch vor dem Bau der Mauer die Straße benannt wurde - war 1944 im Konzentrationslager Ravensbrück von den Nationalsozialisten ermordet worden. Nach dem Willen von Frau Laurien soll der als Privatentum ausgewiesene, winzige Vorplatz des neuen Abgeordnetenhauses „Am Preußischen Landtag“ oder „Am Parlament“ heißen.

Eine Schlichtung des Streits durch den Ältestenrat, wie von der Fraktion Bündnis 90 Grüne vorgeschlagen, lehnt die Parlamentspräsidentin ab: „Ich entscheide - und Schluss und aus“, sagte Frau Laurien diese Zeitung. Die Anregung der Fraktion Bündnis 90 Grüne, auf ihre Briefbögen dennoch die Postanschrift Niederkirchnerstraße abdruckten, stößt bei Frau Laurien auf weniger Bedenken: „Die Post ist flexibel.“

Für die SPD bekundete deren Landesvorsitzender Dittmar Staffelt die Bereitschaft seiner Fraktion, das Recht der Präsidentin auf die Benennung des Platzes zu akzeptieren. Noch am Donnerstagabend hat Staffelt Frau Laurien aufgefordert, nicht den Eindruck zu erwecken, daß das Parlament von einem NS-Opfer abdecke.

Während die PDS am Freitag den Rücktritt der Parlamentspräsidentin forderte, stellte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus Landowsky hinter Frau Laurien. Die Parlamentsempfehlung bezeichnet er als Skandal.

Neue Zeit, 23. 1. 1993

## Landowsky stört kommunistischer Name

Berlin. Im Streit um die künftige Adresse des Abgeordnetenhauses hat sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Landowsky am Freitag hinter Parlamentspräsidentin Launen gestellt. Er halte den am Donnerstag von der Mehrheit der Abgeordneten gefaßten Beschluß, wonach die Anschrift des Parlaments nach dem Umzug Niederkirchnerstraße lauten soll, für einen „großen politischen Skandal“. Zugleich hoffe er, daß die Parlamentspräsidentin, die für diese Frage allein zuständig ist, von ihrem Recht Gebrauch macht, den Platz vor dem Preußischen Landtag nicht nach einer Kommunistin zu benennen. Er anerkenne den Widerstand Käthe Niederkirchner gegen Hitler. „Aber sie war nie Vorbild für unser freies Parlament“. Für die CDU laute die neue Anschrift „Preußischer Landtag, Berlin-Mitte“. Die Ablehnung dieser Bezeichnung seitens der SPD, AL und PDS sei ein „erneuter Beweis für deren Geschichtslosigkeit“.

taz 23. 1. 1993

**G**estritten wird in Berlin derzeit viel und lautstark — ob es um die „Lachnummer“ der Justiz in Zusammenhang mit Honeckers überstürzter Abreise geht, um „Olympia 2000“ oder den Regierungs-Umzug. Ein anderer hausgemachter Zwist ist weniger schlagzeilenträchtig, hat aber die Gemüter der Landespolitiker um so mehr erhitzt.

Es geht um die künftige Adresse des Abgeordnetenhauses, das im April vom Rathaus Schöneberg in den ehemaligen Preußischen Landtag an der Niederkirchnerstraße umzieht. Gebäude und Straße liegen im Stadtbezirk Mitte, im Ostteil der Stadt also, einen Steinwurf von der einstigen Mauer entfernt, von der hier noch ein Rest steht.

Reinhard Führer (CDU), Vizepräsident des Hohen Hauses, befand, die Anschrift sei eines demokratischen Parlaments unwürdig: Käthe Niederkirchner habe sich schließlich nicht nur im Wi-

**Absurder Streit  
um eine  
gewichtige  
Adresse  
an der Spree**

derstand gegen die Nazis betätigt, sondern sei auch Kommunistin gewesen.

In der Tat: Nach ihrer Flucht aus Hitler-Deutschland wurde die Schneiderin im Auftrag des „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in deutschen Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion aktiv und wirkte bei Propaganda-Sendungen von Radio Moskau mit. Beim Versuch, mit „sowjetischen“ Nachrichtendiensten in Berlin Kontakt aufzunehmen, wurde sie 1943 verhaftet. Im September 1944 wurde Käthe Niederkirchner, von der DDR später zur Heldin erklärt, im KZ Ravensbrück hingerichtet.

Parlamentspräsidentin Hanna-Renata Laurien (CDU) berief sich auf ihr Benennungsrecht und schlug als neue Anschrift „Am Preußischen Landtag“ vor. Mit knapper Mehrheit votierten die Abgeordneten, gegen die Stimmen von CDU und FDP, für die Beibehaltung des bisherigen Namens.

Damit mochte sich die Hausherrin nicht zufriedengeben. Sie verkündete eine dritte Variante, bei der es nun offiziell bleiben soll: „Abgeordnetenhaus von Berlin, Berlin-Mitte“. Nicht nur die PDS, sondern auch SPD und Bündnis 90 sprachen von einem faulen Kompromiß und erklärten, sie wollten das Andenken an ein KZ-Opfer bewahren. Auf ihrem Briefpapier soll weiter der alte Name erscheinen.

Die Hauptstadt Berlin ist um eine Provinzposse reicher, um eine unwürdige noch dazu.

Harald Biskup

Kölner Stadt-Anzeiger, 3. 2. 1993

Zwei weitere neue Straßen in der Siedlung werden nach dem 1968 verstorbenen Mitbegründer der Kölner CDU, Clemens Hastrich, und dem 1945 im Konzentrationslager Buchenwald ermordeten Stadtverordneten der KPD, Johann Thomer, benannt. Hastrich arbeitet mehrere Jahre aktiv im Kölner Rat und war Aufsichtsratsvorsitzender der Kölner Verkehrsbetriebe. Thomer wurde 1939 von der Gestapo inhaftiert und 1944 in das Konzentrationslager Buchwald gebracht, wo er im darauffolgenden Jahr verstarb.

Kölner Stadt-Anzeiger, 15. 12. 1992

### Sinti und Roma in Marzahn 1936 - 1945. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung

Im Heimatmuseum Marzahn ist diese Ausstellung, die im letzten Jahr im Rahmen der Veranstaltungsreihe von 13 Berliner Heimatmuseen "Fremd in Berlin" gezeigt wurde, auch jetzt noch zu sehen. Sie wurde im ersten Halbjahr 1991 zusammen mit der Cinti-Union Berlin erarbeitet.

Nach einer allgemeinen Vorstellung der Sinti und Roma beginnt die Geschichte, die die Ausstellung erzählt, mit dem Runderlaß "zur Bekämpfung der Zigeunerplage" des Reichsministers des Innern - einer in der langen Reihe solcher Erlasse seit dem Beginn der bürokratischen Verfolgung von Zigeunern in den deutschen Staaten. Ein Zeitungsartikel vom 16. 7. 1936 berichtet über die Einrichtung eines Standplatzes in Marzahn, in den etwa 600 Roma und Sinti zwangsweise eingewiesen wurden. Die Ausstellungsmacher haben diese Zwangseinweisung mit den olympischen Spielen in Zusammenhang gesehen. Mir scheint allerdings, daß sie sich da irren, denn die Einrichtung solcher geschlossener "Zigeunerlager" ist seit 1935 für Düsseldorf, Köln, Gelsenkirchen, Frankfurt am Main, Biebrich bei Wiesbaden, Pölitz bei Stettin, Herne, Kiel, Neustadt/Hannover, Fulda, Magdeburg und Königsberg belegt. Wenn die Lokalforschung an anderen Orten sich mit diesem Thema beschäftigt, werden sicher noch weitere solche Lager wiederentdeckt werden.

Mit Bildern aus Privatbesitz wird an das Leben von Berliner Sinti erinnert, ein Bild des Lagers in Marzahn und eine Beschreibung der unzulänglichen hygienischen Verhältnisse schließt sich an. Die eigenen Wohnwagen, einige baufällige Baracken, 3 Brunnen und 2 Toilettenanlagen waren nach der Erinnerung von Otto Rosenberg das einzige, was zur Verfügung stand. Die Folgen waren absehbar: "Im März 1938 verschärften sich die Erkrankungen erheblich, so daß die längere Aufrechterhaltung des Lagers im gegenwärtigen Zustand vom Hauptwohlfahrtsamt für nicht mehr verantwortbar gehalten wurde."

Weiter folgt die Ausstellung den Erinnerungen von Otto Rosenberg, vor allem seine Erlebnisse mit Eva Justin und ihren rassebiologischen Forschungen werden geschildert. Im Frühjahr 1943 wurden dann die meisten in Marzahn festgehaltenen Sinti und Roma nach Auschwitz deportiert. Einige überlebten aber auch in Marzahn. "In den Tagen um den 21. April 1945 fand die sowjetische Armee nur etwa zwei Dutzend Sinti und Roma in einer kleinen Baracke in Marzahn vor".

Das wahrscheinlich zum größten Teil von Otto Rosenberg und anderen Berlinern stammende Bildmaterial wird ergänzt durch Kohlezeichnungen von Otto Pankok, die er in Düsseldorf von dortigen Sinti und Roma anfertigte. So wird einiges vom Leben der Sinti und Roma in der Zeit der NS-Verfolgung anschaulich.

Es folgt Material zur Geschichte des Umgangs mit diesem Lager in Marzahn. Der Ort des Lagers, heute befinden sich dort Neubauten und Wiesengelände, ist unmarkiert. Seit September 1986 gibt es dank der Bemühungen einer Marzahner Bürgerinitiative auf dem Marzahner Friedhof einen Gedenkstein. Die Inschrift lautet:

"Vom Mai 1936 bis zur Befreiung unseres Volkes durch die ruhmreiche Sowjetarmee litten in einem Zwangsager unweit dieser Stätte hunderte Angehörige der Sinti. Ehren den Opfern."

Eine Gedenkfeier am 16. Juni 1990 vor diesem Stein ist in der Ausstellung dokumentiert. Bei dieser Gelegenheit wurde am Jahrestag der Errichtung des Lagers vor dem Gedenkstein eine Zusatztafel angebracht mit dem Text:

"Den Berliner Sinti, die im 'Zigeunerlager' Marzahn litten und in Auschwitz starben. Mai 1936 - Mai 1945 - Atschen mo devlehe."

Weiter erzählt die Ausstellung von der Marzahner Bürgerinitiative, die dieses Gedenken möglich machte. Vor allem werden Pfarrer Bruno Schottstätt und Reinmar Gilsenbach hervorgehoben, die nicht nur die Geschichte des Lagers erforschten, sondern sich auch in der DDR für die Bürgerrechte der Sinti und Roma einsetzten und auch heute in diesem Sinne weiter arbeiten.

Dokumentiert ist auch ein Mahnmal in Marzahn für die verfolgten und ermordeten Sinti und Roma. Es hat zur Zeit (bzw. zur Zeit der Ausstellungserarbeitung) einen vorläufigen Standort in der Hauptbibliothek gefunden. Es handelt sich um eine 1986 von Werner Stötzer geschaffene Figurengruppe. Zwei erschöpfte und ausgemergelte Menschen sind zu sehen. Die Gruppe war ursprünglich für einen Standort in Mecklenburg bestimmt und sollte an die Todesmärsche von 1945 erinnern. Im Jahre 1992 wurde sie dem Bezirk Marzahn von der Grundwert Gmbh geschenkt.

Ich glaube, daß der Bezirk diese Schenkung mit den besten Absichten, hier ein Mahnmal für die verfolgten und ermordeten Sinti und Roma errichten zu können, annahm. Ob es klug war, von einem im Baugewerbe tätigen Stifter in den Zeiten der großen Sanierungsprojekte etwas anzunehmen, ist eine Frage. Die andere, ob es möglich sein kann, ein Denkmal, das für einen anderen Ort und eine andere Opfergruppe geschaffen war, jetzt einfach umzufunktionieren, weil erschöpfte Erniedrigte und Beleidigte ja immer passen. Im Leiden und im Tode sind eben nicht alle gleich. Die spezifische Verfolgung der Sinti und Roma aus Gründen der "Rasse" verlangt doch ein Denkmal, das eben dies deutlich macht: Diese Menschen waren alle, ob sie nun arbeiten konnten oder nicht, wie auch immer sie politisch dachten, was immer sie taten oder ließen, zum Tode bestimmt, vom Greis bis zum Säugling. Erschöpfte KZ-Häftlinge können dies nicht symbolisieren (wie auch die Figurengruppe von Menschen in einem erbarmungswürdigen Zustand an der Großen Hamburger Straße, ursprünglich für Ravensbrück geschaffen, nichts über das Besondere des Massenmords an den Berliner und den europäischen Juden aussagt).

Die Ausstellung aus 10 Tafeln ist leicht zu transportieren und ein VW-Bus reicht dafür aus. Sie kann beim Heimatmuseum Marzahn besichtigt und auch ausgeliehen werden.

Heimatmuseum Marzahn, Alt Marzahn 23, O 1140 Berlin, Tel. 542 40 53.

Christiane Hoss

Bestellzettel für Bücher und Broschüren des Aktiven Museums/  
Beitrittserklärung  
für Fensterumschlag, bitte mit DM 0,80 frankieren

Briefdrucksache

An das Aktive Museum  
Faschismus und Widerstand  
in Berlin e.V.

Alte Schönhauser Str. 9 - 10  
O 1054 Berlin

ich beantrage die Mitgliedschaft im Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in  
Berlin  
(wenn nicht zutreffend, weil nur Bücherbestellung, bitte streichen)

.....(Absender)

.....

.....

Wir bitten alle, die sich bisher noch nicht entschließen konnten, bei uns Mitglied zu werden, jetzt einzutreten. Unser Verein braucht für die vielfältigen alten und neuen Aufgaben das Engagement vieler Menschen!

Es geht nicht um Ihr Geld, sondern um Ihre Mitarbeit in unserem Verein. Wer nicht in der Lage ist, den ermäßigten Beitrag zu leisten, sollte dies dem Vorstand mitteilen, der den Beitrag erlassen kann.

Zur Zeit geltende Höhe des Jahresbeitrags:

Einzelmitglieder DM 96,-  
Vereinigungen DM 300,-

mit den üblichen Ermäßigungen, Einzelmitglieder, die arbeitslos, Rentner, Zivildienstleistende o.ä. sind, zahlen DM 48,-

Vereine, die besonders wenige Einnahmen haben, DM 150,-

Ich bestelle hiermit:

Expl. Klaus Emrich, Nicht von Pappe.  
Zur Arbeit einer Kreuzberger Grundschule  
über antifaschistischen Widerstand  
Schriftenreihe Aktives Museums Nr. 3  
Einzelpreis DM 2,-

Expl. Martin Schönfeld  
Gedenktafeln in Ost-Berlin  
Orte der Erinnerung an die Zeit des  
Nationalsozialismus  
Vollständiges Verzeichnis der Gedenktafeln in  
Ost-Berlin für Opfer des NS, Beschreibung,  
Entstehungsgeschichte, 135 Abb. Register und Aufsatz über  
die Gedenk-Kultur der DDR  
Schriftenreihe Aktives Museum Nr. 4  
Einzelpreis DM 15,-

Expl. Mythos Antifaschismus. Ein  
Traditionskabinett wird kommentiert  
mit einer Foto-Dokumentation der Ausstellung des antifa-  
schistischen Traditionskabinetts, sämtlichen  
Raumkommentaren, Dokumentenanhang zur Geschichte des  
Traditionskabinetts, Protestschreiben gegen die  
Kommentierung und mit  
Beiträgen von Thomas Flierl, Annette Leo, Regina Scheer,  
Martin Schönfeld, Gisela Wenzel, Michael Zimmermann  
zum Sonderpreis für Gedenkstätten und  
Gedenkstätten-Initiativen  
DM 12,-

Expl. Hundert Jahre deutscher Rassismus.  
Katalog und Arbeitsbuch zur gleichnamigen  
Ausstellung. Abbildung aller Exponate, verschiedene  
Aufsätze zu Themen der Ausstellung. Hrsg. von der  
Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische  
Zusammenarbeit 1988  
Einzelpreis DM 20,-

Expl. Denkschrift der "Initiative politische Denkmäler"  
Arbeitsgruppe des Vereins Aktives Museum:  
Vorschlag zum Umgang mit den politischen Denkmälern der Nachkriegszeit in Berlin, 16  
S. zahlr. Abb. Einzelpreis DM 1,40

### Veranstaltungshinweise und Notizen

Der "Aufstand" in der Rosenstraße. Zum Gedenken an den 50. Jahrestag der "Fabrikaktion" gegen Berliner Juden und die Demonstration der nichtjüdischen Ehepartner vor dem Sammellager in der Rosenstraße.

Sonntag, den 28. Februar, 11.00 Uhr, Kino Arsenal, Welschstr. 25, 1000 Berlin 30. Gezeigt wird der Film "Rosenstraße, wo Frauen widerstanden". Dr. Gernot Jochheim, Autor des Buches "Protest in der Rosenstraße" gibt einen historischen Rückblick und es kommen Zeitzeugen und Ingeborg Hunzinger, die seit 1988 an einem Denkmal für die Rosenstraße arbeitet, zu Wort.

anschließend mit Bus zur Rosenstraße. Um 13.00 Uhr findet dort eine Gedenkfeier statt. Wer mit dem Bus mitfahren will, meldet sich bitte telefonisch an: Tel. 884 203 36, MO-DO zwischen 8.30 und 16.00 Uhr.

Eine Veranstaltung der Jüdischen Volkshochschule mit der WIZO Berlin.

Gedenkfeier für die Herbert Baum-Gruppe.

Am Donnerstag, den 4. März, 14.00 Uhr am Mahnmal für die Herbert-Baum-Gruppe auf dem jüdischen Friedhof in Weissensee.

Sonderveranstaltung der Jüdischen Volkshochschule zur Woche der Brüderlichkeit 1993:

Statt Gleichgültigkeit: Mut zur Verantwortung.

Ignatz Bubis im Gespräch mit Günter Gaus. Montag, den 8. März, 20.00 Uhr im großen Saal des jüdischen Gemeindehauses, Fasanenstr. 79/80. Eintritt DM 8,-

Tagung der Evangelischen Akademie 4 - 4. April.

Juden - Polen - Deutsche. Zum 50. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto. Tagungsprogramm kann angefordert werden bei der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg. Frau A. Herbst, Goethestr. 26-30, W 1000 Berlin 12

Rassistische Schmierereien, Hakenkreuz und anderes dieser Art bitte melden an die:

AK Asyl, Katholische Studentengemeinde, Klopstockstr. 31, W 1000 Berlin 31. Die AK Asyl wird Schmierereien mit Gegenparolen überkleben.

Auch der Bezirk Kreuzberg will in einem Frühjahrsputz solche Schmierereien entfernen. Kreuzberger werden gebeten, Entsprechendes in ihrer Umgebung beim Bezirksamt zu melden.

